

- Es gilt das gesprochene Wort -  
**Haushaltsrede 2022 des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Dorsten**  
**Bernd-Josef Schwane**  
**zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2023 am 14.12.2022.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir werden heute über den Haushalt 2023 entscheiden.

Exakt vor einem Jahr - am 21. Dezember 2021 - stand ich am selben Ort, an dieser Stelle.

Es war ein historischer Moment in der Geschichte unserer Stadt:

**Der erste ausgeglichene Haushalt seit 30 Jahren!**

Ich sprach

- vom Wendepunkt in der städtischen Finanzwirtschaft;
- Vom Verlassen des Tals der Tränen;
- Vom Rückgewinn kommunaler Eigenständigkeit

Die Aussichten waren positiv.

Die vor uns liegende Zeit schien beherrschbar.

Die klugen haushaltspolitischen Entscheidungen, die wir gemeinsam in den letzten Jahren mit Sachverstand und vorausschauendem Abwägen getroffen haben, hatten Früchte getragen.

Ergebnis war ein ausgeglichener, gesunder Haushalt, der sich sehen lassen konnte: eine Stadtkasse mit schwarzen Zahlen.

Ich muss Ihnen gestehen, als Kommunalpolitiker war ich stolz.

Auch die CDU-Fraktion und der Rat waren stolz auf diesen großartigen Erfolg.

**Meine Damen und Herren,**

zwischen der Verabschiedung des damaligen Haushaltes und dem heutigen Tag liegt genau **ein** Jahr.

**Ein** einziges Jahr, das uns mehr Herausforderungen gebracht hat als wir damals hätten ahnen können.

**Ungeahnte**, gewaltige Herausforderungen, die auch den solidesten Haushalt beuteln und auch die klügsten haushaltspolitischen Entscheidungen im Kern erschüttern.

Nach zwei Jahren Pandemie befinden wir uns heute inmitten eines Krieges auf europäischem Boden, einer andauernden Flüchtlingswelle aus der Ukraine und einer Energiekrise, die sich auf unterschiedlichste Weise in unseren Alltag zeigt. Darüber hinaus beschäftigen wir uns notgedrungen und richtigerweise fortwährend mit Klima- und Umweltfragen.

Bundeskanzler Scholz sprach im Februar in einer Erklärung vor dem deutschen Bundestag von einer historischen Zeitenwende.

**Historisch** ist das Jahr 2022 allemal: obwohl das Jahr noch nicht zu Ende ist und die Geschichtsbücher noch nicht geschrieben sind, lässt sich schon jetzt sicher sagen, dass es historisch ist.

**Historisch** ist auch, dass wir zum ersten Mal als Stadt unmittelbar eins zu eins das weltpolitische Geschehen in unseren städtischen Finanzen zu spüren bekommen:

Der Haushalt 2023, der von der Verwaltung vorgelegt wurde, war im Vergleich zu seinem Vorgänger nicht mehr ausgeglichen. Es war ein Fehlbetrag von 2,983 Millionen Euro aufgelaufen.

Sicher ist, dass wir als Kommune dieses enorme Defizit nicht zu verantworten haben. Äußere Umstände haben hierzu geführt. Jedoch müssen **wir**, als Kommune, diese finanzielle Last schultern.

- *Wir sind diejenigen*, die trotz der Schwierigkeiten weiter nachsichtig und besonnen haushalten müssen.
- *Wir sind diejenigen*, die unter vielschichtigen Problemlagen trotzdem die Zukunft unserer Stadt ebnen und gestalten müssen.
- *Wir sind diejenigen*, die in komplexen Unsicherheiten Entscheidungen für heute *und* morgen treffen müssen.

Dazu wurden wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt.

Die vergangenen zwei Jahre Pandemie haben Spuren in der Gesellschaft und im Gesundheitssystem hinterlassen. Allein die Kosten für die Corona-Krise belaufen sich für die Stadt Dorsten auf circa 20 Millionen Euro.

Kosten, die bei uns hängen bleiben.

Ab 2024 sind sie realer Bestandteil unseres Haushaltes.

Dann im Februar 2022 der Angriffskrieg auf die Ukraine, der uns bis ins Mark tief erschüttert hat. Wir haben schmerzlich vor Augen geführt bekommen, wie verletzlich unsere sicher geglaubte und geschätzte europäische Sicherheitsarchitektur ist. Dieser brutale Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, hat unbeschreibliches Leid auf unseren Kontinent gebracht und Menschen aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat vertrieben. Immer mehr Flüchtlinge, alte und junge Menschen, und Familien kommen zu uns, auch zu uns nach Dorsten.

Als Stadtgesellschaft sind wir verpflichtet Integration zu ermöglichen und den Geflüchteten ein temporäres oder dauerhaftes Zuhause zu geben.

Als Stadtgesellschaft helfen wir jedem einzelnen von ihnen. Weil es ein Akt der Menschlichkeit ist und weil die christliche Nächstenliebe das gebietet. Wir tun es aber auch, weil wir unseren Teil dazu beitragen müssen, unsere Demokratie und unsere Werte zu verteidigen.

Hierfür stehen wir ein.

### **Verehrte Damen und Herren,**

ein weiterer Faktor, der unseren Haushalt schmerzlich belastet, ist die Explosion der Energiekosten. Energieeinsparungskonzepte hat die Verwaltung umfangreich entworfen. Aber letztlich werden die kommenden Monate zeigen, wie sehr wir die Energiekrise spüren und wir uns von dem Gewohnten verabschieden müssen.

### **Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

ich komme nun zur Politik der CDU in Dorsten: die CDU Dorsten macht nachhaltige Politik.

Wir haben uns soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit auf unsere Fahnen geschrieben. Dieser Dreiklang leitet unsere politischen Entscheidungen. Er stellt unsere Maxime und gleichzeitig auch eine Handlungsempfehlung dar.

Unter dieser Maxime haben wir auch den diesjährigen Haushaltsentwurf **eingehend** geprüft.

Wir haben uns die Fragen gestellt:

Wie kann das Finanzloch von 2,983 Millionen Euro geschlossen werden? Was ist klug und nachhaltig für uns und für die Generationen, die uns folgen?

Diese Fragen mussten wir beantworten.

Aus unserer Sicht gibt es **nur zwei Optionen:**

#### Die Erste:

Wir könnten es uns einfach machen und die Schulden in einen Sonderhaushalt auslagern. Ähnlich wie dies zur Zeit von der Koalition in Berlin in riesigem Umfang mit den sogenannten Sondertöpfen praktiziert wird: in einen Corona-Sondertopf, in einen Sondertopf für die Bundeswehr und einen für die Ukrainehilfe.

So handhaben es auch benachbarte Kreisstädte gegenwärtig. Wie zum Beispiel die Stadt Marl.

Wir haben seinerzeit, als es um die Isolierung der Corona-Kosten ging, schon zum Ausdruck gebracht, dass wir als CDU-Fraktion unter keinen Umständen die Rückführung der Schulden auf 50 Jahre strecken wollen.

#### Die Zweite:

durch kluge Ausgabenkürzung und ausgewogene Einnahmeverbesserungen das Haushaltsloch zu schließen.

### **Welcher Weg ist nun der Richtige?**

Klar ist, dass Schulden, die heute gemacht werden, naturgemäß irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Schulden sind Schulden. Schulden bleiben Schulden, auch wenn man sie auslagert und ihnen einen anderen Namen gibt.

## **Wer wird diese Schulden zurückzahlen müssen?**

Das sind unsere Kinder und Enkelkinder, die heute in Schule und Kindergarten gehen. Diese müssen dann selbst zusehen, wie sie mit diesen Unsummen umgehen.

Schon jetzt kommen auf die nachfolgenden Generationen immense Kosten zu. Fest steht auch, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit die Einkommen nicht mehr so konstant wachsen werden wie dies bislang der Fall ist. Das Gleiche gilt für das Rentenniveau. Schon heute ist klar, dass unsere Nachkommen nicht ansatzweise so viel Rente und Pension beziehen werden, wie es heute üblich ist. Gleichzeitig wird sich die Lebensarbeitszeit enorm verlängern. Auch hier wird sich vieles dramatisch ändern mit der Folge, dass unsere Kinder und Enkelkinder nicht mehr denselben Lebensstandard haben werden wie wir.

## **Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

es wird in diesem Zusammenhang viel über die sogenannte *Generationengerechtigkeit* geredet.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass diese Generationengerechtigkeit eine Worthülse ist, die manchen Politikern leicht über die Lippen geht und sich erstmal gut anhört. Ganz nach dem Motto: „Was stört mich mein heutiges Geschwätz und meine heutige Entscheidung, wenn dieses Problem auf den Tisch kommt, bin ich nicht mehr in Amt und Würden.“

Meiner Ansicht nach ist ein solches Verhalten verantwortungslos. Es handelt sich um eine Trickserei aus der Buchhaltung, ein Taschenspielertrick, wenn Sie so wollen.

Wir glauben, dass es unsere Pflicht ist, Generationengerechtigkeit mit Leben zu füllen.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder auch in Zukunft in Dorsten, in Deutschland, gut leben können. Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, dass wir nicht die „Friedensdividende“ verfrühstücken. Denn dies ginge voll zu Lasten der nachwachsenden Generation. Das wäre verantwortungslose Politik.

Ich will hier nichts dramatisieren. Ich möchte aber betonen, dass wir heute an einem Scheideweg stehen.

Wollen wir Verantwortung nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die nachwachsende Generation übernehmen?

Wenn wir heute keine klugen und vorausschauenden Entscheidung treffen, sehen wir uns spätestens in 20 Jahren den Fragen unserer Kinder und Enkelkinder ausgesetzt:

- „Warum habt ihr Nichts gegen die Verschuldung unternommen?“
- „Warum habt ihr uns riesige Schuldenberge hinterlassen?“
- „Damals hättet ihr noch umsteuern können.“

Das sind Fragen, die ich meinen Enkelkindern nur schlechten Gewissens beantworten könnte. Auch weil ich mich als Vertreter unserer Stadt in der Position befinde, Entscheidungen zu treffen und die Gelegenheit am Schopfe zu packen. Wir haben heute die Chance diesen kritischen Fragen unserer Kinder entgegenzuwirken.

## **Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

eine angespannte finanzielle Lage ist für uns als Rat nichts Unbekanntes. Wir haben letztendlich in den letzten Jahren den Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ nur deshalb verlassen können, weil wir durch eine stringente Haushaltspolitik gemeinsam den Ausgleich des Haushaltes erreicht haben.

Nicht umsonst hat die Präsidentin der Gemeindeprüfungsanstalt bei der Vorstellung des Prüfberichtes für unsere Stadt festgestellt, dass wir unseren Job gut gemacht haben. Sie hat ferner resümiert, dass noch gewaltige finanzielle Probleme auf uns zukommen werden. Wir seien als Ratsvertreter von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden, um Herausforderungen anzupacken und Problemlösungen zu erarbeiten und umzusetzen – so sagte sie. Auch *diese* Aussage ist eine konkrete Handlungsempfehlung und ein Auftrag an uns.

Wir haben mit den Grünen, der SPD und der FDP in einer *Verantwortungsgemeinschaft* Lösungen erarbeitet, die geprägt sind, ausgewogene Belastungen für die Bürger zu schaffen, aber nicht mehr Belastung zu schaffen als notwendig.

Die finanzielle Last wird auf alle Schultern gleichmäßig verteilt.

Dies gilt für die Grundsteuer A und B, für die Gewerbesteuer und auch für die Vergnügungssteuer.

Auch im Haushalt und im Stellenplan wurden 1,3 Millionen Euro eingespart.

So trägt jeder Bürger zur finanziellen Stabilität und Handlungsfähigkeit unserer Stadt bei. So kann die Stadt, die ihr aufgetragenen Aufgaben für die städtische Gemeinschaft erfüllen.

So können notwendige Zukunftsinvestitionen bei der Digitalisierung, beim Ausbau der Kindergartenplätze und bei den Schulen und beim Umwelt- und Klimaschutz vorgenommen werden.

Allerdings müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum wir entschieden haben, wie wir entschieden haben.

Politik muss auch den Mut haben unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Nämlich Steuererhöhungen und Einsparungen vorzunehmen. Es hilft nichts den Leuten Sand in die Augen zu streuen und Besserung zu versprechen wohlwissend, dass dies ohne die Anpassungsmaßnahmen und Steuererhöhungen nicht möglich ist. Deshalb müssen wir die Möglichkeit nutzen und den Bürgerinnen und Bürgern die Steuererhöhungen erklären. Ich bin der Meinung, dass Politik zeigen muss, dass Probleme lösbar sind. Entscheidungen müssen nachvollziehbar gemacht werden.

Die Schriftstellerin Ingeborg Bachmann hat einmal gesagt: „*Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar.*“

Dies gilt erst recht für den mündigen Bürger.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

wir wissen, dass die Steuererhöhungen für manchen eine Belastung und eine Herausforderung darstellen.

Ich verspreche Ihnen an dieser Stelle, dass wir die Haushaltsentwicklung genau im Auge behalten werden. Wir haben in Dorsten in den letzten Jahren vernünftige Wirtschaftspolitik gemacht. Sie sehen das unter anderem an den neuen Gewerbegebieten und an dem hohen Gewerbesteueraufkommen.

Wenn sich im Jahre 2026 das Steueraufkommen auf das jetzige Level stabilisiert haben sollte, werden wir prüfen, ob Steuersenkungen möglich sind.

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Ich möchte mich bei den oben genannten Parteien bedanken. Grüne, SPD, FDP und CDU haben sich in etlichen Sitzungen beraten, zusammengerauft und trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten vertretbare Ergebnisse erzielt. Wir haben eine *Verantwortungsgemeinschaft* im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gebildet. Der Umgang zwischen den Beteiligten war respektvoll und durch Akzeptanz des Gegenübers geprägt. Jeder war bereit Kompromisse zu schließen. Nur hierdurch war es möglich ein für alle Bürgerinnen und Bürger vertretbares Ergebnis zu erzielen. Diese überparteiliche Zusammenarbeit war und ist einmalig und sicherlich ein Aushängeschild für unseren Rat.

Ich danke Ihnen – auch im Namen meiner Fraktion – für diesen fruchtbaren Dialog.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

abschließend möchte ich im Zuge meiner Ausführungen die Chance nutzen, mich ausdrücklich bei den Beschäftigten unserer Verwaltung zu bedanken. Die zurückliegende Zeit war für alle Beteiligten nicht einfach. Wir haben uns permanent im Krisenmodus bewegt.

Ich bedanke mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei für die gute Arbeit. Sie standen uns auch in diesem Jahr jederzeit zur Beantwortung unserer Fragen zur Verfügung.

**Wir werden dem Haushalt 2023 und dem Stellenplan zustimmen.**

Ich danke Ihnen.